



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 21.03.2023**

<b>Ort:</b>	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:30 Uhr

### **Anwesende Personen**

#### **Vorsitzende/r:**

Bodner, Nicola

#### **Ordentliche Mitglieder:**

Frensch, Kristin  
Gegenheimer, Thomas  
Gutgesell, Andreas  
Herb, Artur  
Hörter, Frank  
Hruschka, Andreas  
Konstandin, Angelika  
Lüthje-Lenhardt, Monika  
Möller, Eva  
Nickles, Helmut  
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.  
Reeb, Tilo  
Rendes, Markus  
Ringwald, Markus  
Rothweiler, Edelbert  
Rothweiler, Sonja  
Schaier, Barbara  
Schwarz, Simon  
Vogel, Roland, Dr. - Teilnahme ab 18:50 Uhr TOP Ö 5  
Vortisch, Volker Hans

#### **Schriftführer/in:**

Riegel, Sarah

#### **Verwaltung:**

Bauer, Christian  
Dickemann, Niklas  
Kauter-Eby, Thomas  
Pöschl, Marcus

#### **Ortschaftsrat:**

Hüttner, Miriam - zu TOP N 1 (Beseitigung Bahnübergang  
Kleinsteinbach)

#### **Mitwirkende/ext. Org.:**

Becher, Jörg - zu TOP N 1 (Beseitigung Bahnübergang  
Kleinsteinbach)  
Menzel, Christoph - zu TOP Ö 2 (Bestätigung Wahlen  
Freiwillige Feuerwehr Pfinztal)  
Regelmann, Paul - zu TOP Ö 2 (Bestätigung Wahlen)



**Ortsvorsteher/in:**  
Freiwillige Feuerwehr Pfinztal  
Sandrini, Marco - zu TOP Ö 2 (Bestätigung Wahlen  
Freiwillige Feuerwehr Pfinztal)  
Oberle, Gebhard

**Nichtanwesende Personen**  
**Ordentliche Mitglieder:**

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar - entschuldigt  
Roßwag, Ulrich, Dr. - entschuldigt  
**Ortschaftsrat:**  
Roßwag, Christian - unentschuldigt abwesend  
Schwarz, Nicole - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 13.03.2023.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 16.03.2023.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderat Edelbert Rothweiler  
Gemeinderätin Barbara Schaier



## T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Bestätigung der Wahlen der Freiwilligen Feuerwehr Pfinztal **BV/173/2023**
  - 1. Stellvertretender Kommandant, Marco Sandrini
  - 2. Stellvertretender Kommandant, Christoph Menzel
3. Breitbandversorgung Gewerbegebiet Hummelberg/ICT **BV/712/2021/1**
  - Nachtrag Kosten der Trassenführung
  - Beratung und Beschlussfassung
4. Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer **BV/891/2021/4**
  - Antrag der Zählgemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken
  - Beratung und Beschlussfassung
5. Beitritt Pfinztals an der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ **BV/162/2023**
  - Antrag der SPD-Fraktion, ULIP und Zählgemeinschaft Bündnis 90/DIE GRÜNEN / Die Linke
  - Beratung und Beschlussfassung
6. Mitteilungen der Bürgermeisterin
7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



## 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Die Fraktion der CDU fragt nach Befangenheit bei Hundebesitzer beim TOP Hundesteuer.

**HAL Bauer** erklärt, die Hundebesitzer seien nicht befangen, da die Personen einer Bevölkerungsgruppe zugehörig sind.

**Ein Bürger** spricht das Problem Parken an. Seit der Veranstaltung im Juli 2022 sehe er keine Veränderung. Er stellt die Frage an die Söllinger Gemeinderät:innen: Welche Möglichkeiten gibt es die Situation zu entschärfen?

**BMin Bodner** gibt an, das Parkraumkonzept wird zunächst nichtöffentlich vorgestellt und beraten. Der nächste Schritt ist dann die Öffentlichkeit. Warum hat es so lange gedauert? Das beauftragte Büro hat erst vor vier Wochen die Unterlagen zugeschickt.

**Ein Bürger** fragt, ob man hier mit Nachdruck nichts erreichen könne?

**BMin Bodner** erklärt, auch mit Nachdruck könne man hier nichts erreichen. In der Sitzung nach April wird das Konzept vorgestellt und abgestimmt. Während dieser Sitzung nehmen die Gemeinderäte keine Stellung. Wenn die Gemeinderäte im April zustimmen sind wir doch optimistisch, dass wir das Konzept auch umsetzen können.

## 2. Bestätigung der Wahlen der Freiwilligen Feuerwehr Pfinztal

- 1. Stellvertretender Kommandant, Marco Sandrini
- 2. Stellvertretender Kommandant, Christoph Menzel

**HAL Bauer** erklärt, Herr Sandrini wurde mit 100 % Stimmen im Amt bestätigt, Herr Menzel mit etwas weniger aber trotzdem mit sehr gutem Ergebnis. Er sei froh, dass man zwei tolle Personen für das Amt gefunden habe.

**GR Hörter** spricht seinen herzlichen Dank an Paul Riegelmann für die letzten fünf Jahre aus. Dank auch für den Einsatz der neu Gewählten und auf eine gute Zusammenarbeit.

**GR Vortisch** sagt, es sei ein beeindruckender Abend gewesen, die Mannschaft stehe hinter den Bewerbern. Bei Paul Riegelmann bedanke man sich und den neuen Stellvertretern wünsche man, dass Sie immer gesund von den Einsätzen zurückkommen.

**GR Rothweiler** meint, Feuerwehrmänner und –frauen werden immer gesucht und wenn Sie sich dann auch noch darüber hinaus engagieren sei das bemerkenswert. Herzlichen Dank. Zusätzlich zur Feuerwehr sagt er: Man stelle die Feuerwehr immer wieder so dar, dass der Gemeinderat immer hinter Ihnen stehe. Die Jugendfeuerwehr habe Bäume gepflanzt und der Gemeinderat war nicht dabei. Das muss sich ändern.

**BMin Bodner** sagt, sie freue sich auf die Zusammenarbeit, immer konstruktiv, immer direkt die Dinge ansprechen, so können wir gut zusammen in die Zukunft schauen.

BM Bodner bittet um Gremium um Bestätigung.

Sie verliest nach der Wahl die Ernennungsurkunden und übergibt diese.

***Einstimmig wählt der Gemeinderat Marco Sandrini zum ersten Stv. Kommandanten und Christoph Menzel zum zweiten Stv. Kommandanten der Feuerwehr Pfinztal. Das Gremium bedankt sich gleichfalls bei Paul Riegelmann für seine Arbeit und wünscht den beiden neuen Amtsinhabern viel Erfolg bei ihrem Wirken.***



**3. Breitbandversorgung Gewerbegebiet Hummelberg/ICT**  
**- Nachtrag Kosten der Trassenführung**  
**- Beratung und Beschlussfassung**

**BMin Bodner** leitet den TOP ein.

**HAL Bauer** informiert, man habe eine Breitbandtrasse von Busbahnhof Berghausen bis Hummelberg verlegen lassen. Im Laufe der Bauarbeiten wurde festgestellt, dass aus verschiedenen Gründen die Trasse so nicht möglich ist und während der Arbeiten wurde umgeplant. Die neue Trasse gehe an anderer Stelle unter der Bahnlinie hindurch, das bringe den Vorteil, dass mehr Haushalte an die Glasfasertrasse angeschlossen werden könnten. Es gab dadurch Nachforderungen, von denen die Gemeinde jedoch nur 10% tragen müsse. Der Gemeinderat wird gebeten, dem Nachtrag zuzustimmen.

**GRin Konstandin** meint, dass höre sich viel an, jedoch sei es gut angelegtes Geld, denn die Gewerbetreibende benötigen diese Bandbreite. Sie möchte wissen, ob das Bildungszentrum angeschlossen werde.

**BMin Bodner** erklärt, dies sei ein ist ein separater Antrag.

**HAL Bauer** gibt an, dass man beim Bildungszentrum sind wir dabei sei. Die Breitband-GmbH plane weitere Ausschreibungen und ein Los werde auch das Bildungszentrum sein. Das solle noch vor der Sommerpause im GR behandelt werden, doch mit der Umsetzung müsse bis 2024 gewartet werden.

**GRin Konstandin** meint, das Bildungszentrum sei bereits seit 2 Jahren im Gespräch.

**HAL Bauer** sagt, das Bildungszentrum konnte im 1. Förderprogramm nicht gefördert werden, da zu gute Bandbreite bereits bestünden. Bei der 2. Förderung war unklar, ob es gefördert werden kann – viele Gespräche und Anfragen bei Versorgern dauerten sehr lange. Das ist sehr langwierig gewesen.

**GR Ringwald** sagt, Breitband zum ICT sei gut angelegtes Geld, jedoch ist die Frage, welcher Betreiber das Netz betreiben werde.

**HAL Bauer** versichert, die Antwort wird nachgereicht.

**GR Schwarz** meint, die Vorredner haben es erwähnt, die Notwendigkeit der Maßnahme ist unbestritten. Der Zählgemeinschaft ist es wichtig, dass das Bildungszentrum angeschlossen wird. Es ist schon sehr gut, dass der Forschungsbetrieb des ICT angeschlossen wurde.

**Mit 18 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen stimmt der Gemeinderat den Nachtragskosten der Baumaßnahme zu.**

**4. Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer**  
**- Antrag der Zählgemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken**  
**- Beratung und Beschlussfassung**

**BMin Bodner** eröffnet den Tagesordnungspunkt und erläutert die Beschlüsse aus dem Verwaltungs- und Finanzausschuss.



**GRin Frensch** erklärt, sie besitze weder einen Jagd- noch einen Therapie- oder Schulhund. Zum Antrag der Zählgemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken führt sie aus: „Wir möchten eine Befreiung für Begleit- Therapie- und Schulhunde mit abgeschlossener, zertifizierter Ausbildung. Die Kosten für eine Ausbildung liegen im vierstelligen Bereich - je nach Ausbildungsinstitut. Menschen die eine solche Ausbildung mit ihrem Hund absolvieren tun dies nicht zur Befriedigung ihres persönlichen Lebensbedarfs. Vielmehr weil sie durch ihre Tätigkeit im sozialen Bereich mit ihrem Hund zu einer Verbesserung der Lebensqualität von Menschen beitragen möchten. Das heißt die Ausübung dieser Tätigkeit hat eine gesellschaftliche Relevanz. Darüber hinaus ist der Einsatz eines Therapie- oder Schulhundes direkt mit dem erwerbserzielenden Hauptberuf verknüpft. Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage einen Unterschied aufgezeigt, den ich so nicht stehen lassen kann. Ein ausgebildeter Therapiehund wird von Menschen geführt die eine therapeutische Ausbildung/Studium absolviert haben, z.B. PsychotherapeutInnen oder TherapeutInnen des medizinischen Bereichs. Um also eine Ausbildung mit einem Hund als Therapiehund zu absolvieren benötigt die HundehalterIn eine entsprechende Ausbildung/Tätigkeit. Eine Ausbildung zum Schulhund wiederum setzt eine pädagogische Ausbildung/Tätigkeit voraus, z.B. in KITAS, Schulen und SBBZ der Hundehalterin voraus. Somit unterscheiden sich Therapiehunde und Schulhunde eigentlich nur darin, dass die HundeführerIn eine therapeutische Ausbildung/Beruf oder die HundeführerIn eine pädagogische Ausbildung/Beruf nachkommt. Der Einsatz des Hundes erfolgt bei beiden Formen immer angelehnt an Konzepte der tiergestützten Arbeit/Pädagogik. Wir bitten deshalb auch über die Befreiung von Schulhunden abzustimmen. Vorbild für die Befreiung oder teilweise Befreiung ist z.B. die Stadt Karlsruhe, Trier, Gelsenkirchen und weitere. Außerdem möchte ich zu bedenken geben, da im Zuge der Hundesteuererhöhung, bei der ich und Teile der Zählgemeinschaft nicht zustimmen werden, Einnahmen generiert werden. Wenn in Pfinztal also und diese Zahl ist hochgegriffen 10 Schulhunde im Einsatz wären und eine Befreiung beantragt werden würde, wären wir bei einem wirklich überschaubaren Betrag. Weiter möchte ich mich noch zum Antrag der Jägersvereinigung äußern. Für mich ist der Jagdsport in unserer Gemeinde ein Sport, wenn auch für mich ein brutaler. Genau so möchte ich dieses Hobby aber auch behandeln. Wir haben keinen Grund in Pfinztal Jagdhunde von der Steuer zu befreien, da diese Hunde in keiner Weise zur Einkommenserzielung beitragen. Das wäre nur dann der Fall, wenn wir einen Berufsjäger in Pfinztal beschäftigen würden. Da unsere Jagd aber in privaten Händen liegt ist dies, ich zitiere Städte und Gemeindebund NRW, „der privaten Lebensführung“ zuzuordnen. Rechtlich kann der Rat natürlich beschließen, dass Jagdhunde befreit werden, nun frage ich mich aber wirklich mit welcher Argumentation. Nachsuchhunde bei Verkehrsunfällen werden immer genannt, wer bitte von der Jägerschaft in Pfinztal wird mit seinem Jagdhund zur Nachsuche bei Verkehrsunfällen hinzugerufen? Zwei Gedanken möchte ich zum Schluss noch mit auf den Weg geben. Wie viele Jäger sitzen in unserem Gremium? Wie viele Therapie- und SchulhundführerInnen sitzen in unserem Gremium? Und am Ende bleibt zu sagen, wenn man eine Suchmaschine bedient mit den Begriffen „Steuerbefreiung“ und „Jagdhunde“ kommt als eine der ersten Suchergebnisse der Vorstoß der AFD in Schleswig-Holstein, die sich die Befreiung gleich für das ganze Land in ihr Wahlprogramm gedruckt haben. Wir bitten um getrennte Abstimmung aller Anträge, sowie den Vorschlag der Verwaltung.“

**GR Ringwald** meint, man hatte eine lange Diskussion im Finanzausschuss. Es ist jedoch dabei ein Nebensatz untergegangen: Denn die Befreiung von Therapiehunden können wir nur tragen, wenn die gewerblich genutzten Hunde ausgenommen werden.

**GR Hruschka** äußert sich zum Thema Zweithund: Die Verdoppelung allgemein verstehe er nicht, gerade bei kleinen Hunden. Was er zu Therapiehunden sagen möchte: Die Krankenkassen übernehmen die Kosten für Blindenhunde, alle anderen Hunde werden nicht getragen. Jedoch bei ärztlicher Verordnung können die Anschaffung und Haltungskosten steuerlich geltend gemacht werden. Es soll bei der Befreiung auch beachtet werden, dass die Tiere nur 8-10 Jahre eingesetzt werden können.



**GRin Konstandin** sagt, sie würden der Satzung des Finanzausschusses zustimmen auch mit der Ergänzung, dass die Hunde nicht gewerblich eingesetzt werden dürfen. Das Alter der Tiere kann die Gemeinde nicht überprüfen und diese Aufgabe ist nicht in der Zuständigkeit der Gemeinde. Man sehe die Jagdhunde als Teil des öffentlichen Interesses an, da es so viel Schwarzwild im der Gemarkung gibt. Jäger sind verpflichtet einen ausgebildeten Hund zu führen. Da wir über eine Summe von 8-10 Hunden sprechen, stimmen wir der Satzung zu.

**GR Nickles** gibt zu bedenken, dass es eine Straftat nach Tierschutzgesetz sei, wenn einem verletzten Tier nicht nachgesucht wird. Der Jäger hat die Verpflichtung mit einem geeigneten, geprüften Hund nachzusuchen und wird auch zu Verkehrsunfällen gerufen.

**GRin Möller** meint, man würde sich der Vorgabe des Gemeindetags anschließen, werde aber auch der Satzung des Finanzausschusses zustimmen.

**GRin Frensch** erkundigt sich was ein pädagogischer Begleithund sei? Dieser Begriff ist ihr nicht klar. Sie habe in meinen Ausführungen versucht herauszustellen, was Therapiehunde und Schulhunde sind.

**RAL Dickemann** erklärt, das seien unbestimmte Rechtsbegriffe und dementsprechend auslegungsbedürftig.

Im Anschluss wird über die verschiedenen Punkte und Paragraphen des Satzungsentwurfes abgestimmt.

**Der Gemeinderat fasst folgende Beschlüsse:**

**Paragraf 5 der Satzung wird mit 16 Ja- und 4 Nein-Stimmen wie vom Verwaltungs- und Finanzausschuss vorgeschlagen angenommen.**

**Paragraf 6 Absatz 3 wird einstimmig angenommen.**

**Paragraf 6 Absatz 4 wird mit folgender Fassung mit 17 Ja- und 3 Nein-Stimmen beschlossen:**

**Hunden, die eine zertifizierte Ausbildung zum Therapiehund oder pädagogischen Begleithund absolviert haben und die Hunde dementsprechend eingesetzt werden. Die Rezertifizierung muss alle 2 Jahre erfolgen. Die vorgenannten Hunde sind nur von der Steuer befreit, sofern sie nicht gewerblich und freiberuflich eingesetzt werden.**

**Paragraf 6 Absatz 5 wird in der folgenden Fassung mit 14 Ja- und 6 Nein-Stimmen beschlossen:**

**Hunden, die als Nachsuchenhunde im Sinne von § 38 Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWMG) eingesetzt werden und als Nachsuchenhunde beim Landesjagdverband registriert sind.**

**Paragraf 11 Absatz 6 der Satzung wird einstimmig gem. Vorlage und Vorschlag der Verwaltung beschlossen.**

**Dem Rest der Satzung - §§ 1-4; 7 – 10; 12- 14 – wird mit 15 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.**





**5. Beitritt Pfinztals an der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“**  
**- Antrag der SPD-Fraktion, ULIP und Zählgemeinschaft Bündnis 90/DIE GRÜNEN / Die Linke**  
**- Beratung und Beschlussfassung**

**GRin Lühje-Lenhardt** erläutert den Antrag zum Beitritt an der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten. Sie dankt der Verwaltung für die zackige, kurz gehaltene zusammenfassende Vorlage, die zeigt: Hier muss „eigentlich“ nicht mehr argumentiert werden. Nichts spricht gegen die Annahme des Antrags.

Weiter führt sie aus, die Zeichen der Zeit sind andere als vor 50 Jahren. Das hieß es noch: „Freie Fahrt für freie Bürger“. Lediglich die AfD hat diese Forderung in ihr Wahlprogramm von 2016 aufgegriffen. Diese heute überholte Einstellung hatte fatale Auswirkungen. Es wurden Städte und Gemeinden mit Durchgangsstraßen zerschnitten und zerrissen. Berghausen leidet bis heute an den Folgen dieser Fehlentscheidung zugunsten der ‚autogerechten‘ Kommune. Es gilt die Dominanz des Autos im öffentlichen Raum zugunsten aller anderen Verkehrsteilnehmenden zu reduzieren.

Sie greift Teile des Antrags heraus, um aus ihrer Sicht darzulegen, wofür Pfinztal steht, wenn es dieser Initiative beitritt.

a. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel die Lebensqualität in unseren Städten (hier Gemeinde) zu erhöhen.

b. Wir stehen zu Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auf allen Hauptstraßen als Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.

c. Wir wollen mehr Rechte der Kommunen in oben genannten Sinne (Tempo 30 zu beschließen, wo sinnvoll)

Wer kann dagegen sein? Stehen nicht alle GR-Rät:innen zur Notwendigkeit der Mobilitätswende? Will jemand die Lebensqualität im öffentlichen Raum nicht verbessern? Dies könne sie sich nicht vorstellen.

Öffentliche Straßen und öffentliche Räume seien Gesicht und Rückgrat lebendiger attraktiver Kommunen, sie haben Einfluss darauf, ob ich gerne hier wohne. Tempo 30 bringe mehr Sicherheit für Radfahrende, Rollstuhlfahrende und den fußläufigen Verkehr sowie Gesundheitsschutz für Anrainer:innen. Sie erklärt, wer diesem Antrag nicht zustimmt, hat die Grundsatzbeschlüsse GEK 2025 und Klimaoffensive von 2019 nicht wirklich ernst genommen, will Fakten nicht wahrhaben, glaubt zu wissen, ohne es zu tun.

Zudem kann der Effekt eintreten, dass der Durchgangsverkehr nachlässt, wenn Tempo 30 in ganz Pfinztal gilt.

**GR Ringwald** gibt an, es werde Leute geben, die dagegen stimmen. Wir haben noch eine Straße in Pfinztal die Tempo 50 ist. Das wird den Bürger:innen etwas vorspielen, das wir nicht halten können, denn das Kernproblem sind die Bundesstraßen. Das Gemeindeentwicklungskonzept greife hier ein und Berghausen habe bereits Anträge gestellt um die Ortsmitte attraktiver zu gestalten. Man brauche also diesen Antrag nicht mehr, denn man habe bereits laufende Prozesse und Konzepte. Mit dem Antrag gaukle man den Bürger:innen etwas vor. Die CDU Fraktion wird dem Antrag nicht im Gesamten zustimmen.

**GRin Konstandin** sagt, die Gemeinde Pfinztal schließt sich damit vielen Städten und Gemeinden an und zeigt, dass man eigeninitiativ entscheiden möchte. Es dient dem Lärmschutz. Es geht darum, dass die Städte und Gemeinden zeigen wollen, dass sie selbst darüber entscheiden können, wo welche Tempolimits sind. Bisher sei man auf die Entscheidung des Landratsamts angewiesen. Die Tempo 30-Zonen dienen aktuell nur dem Lärmschutz, nicht dem Schutz der Radfahrer und der Fußgänger. Sie fragt nach, was aus dem Antrag der SPD wurde, die Wöschbacher Str. zu einer Tempo 30 Zone zu machen.





**GR Hörter** meint, die Lebensqualität definiert sich nicht durch das Zurückdrängen des KFZ-Verkehrs. Ideologie geleitete Politik, die den Bürgern vorschreibt, was sie zu tun und zu lassen haben, lehne er ab. Individuelle Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Tempo 30 als innerörtliche Geschwindigkeit ist weder aus Umwelt- noch aus Sicherheitsgründen zielführend. Eigentlich müsste man aus umweltgründen auf Tempo 40 gehen. Der richtige Weg wäre eine Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer. Bei einer Flächengemeinde müsse vor allem für Notfallverkehr mehr Zeit eingeplant werden, sowohl für die Einsatzfahrzeuge und für die Einsatzkräfte. Das erhöht die Einsatzzeiten.

**GR Nickles** erklärt, für ihn zählt die StVO und der Verkehrsminister. Diese setzen fest, wo wie schnell gefahren wird. Es geht hier nicht um Geschwindigkeit, sondern um Förderungen und Lärmschutz. An verschiedenen Stellen muss geprüft werden, wo 30 Sinn macht. Doch der Bund muss die Verkehrspolitik leiten und nicht jedes Dorf einzeln.

**GR Rothweiler** erläutert, nicht nur auf der Wöschbacher Straße und der B10 Richtung Söllingen, auch auf der Gewerbestraße von Reiser bis Ende darf 50 gefahren werden. Ihm gehe es besonders um die Sicherheit der Menschen. Wenn uns das egal ist, darf man sich gerne an die Aussage von Herrn Hörter anschließen. Auch die Verkehrsplanung muss berücksichtigt werden, dass ein flüssiger Verkehr möglich bleibt, aber besonders wichtig ist die Sicherheit.

**GRin Schaier** meint, es werde oft gerast, auch auf Straßen, die auf 30 beschränkt sind. Die Kontrolle erfolgt zu spät, wenn die Kinder bereits in der Schule sind. Als Schulbegleitung bekomme sie direkt mit, dass sich an die Geschwindigkeitsbeschränkungen nicht gehalten werden.

**GR Schwarz** bedankt sich für die Ausführung der Gegenargumente, es wird jedoch deutlich, dass die Aussagen falsch sind, bzw. der Antrag nicht verstanden wurde. Die Regelung, dass Kommunen selbst entscheiden können, wie schnell gefahren werden darf. Geschwindigkeitsbeschränkungen sind nur über das Vehikel des Lärmschutzes eingesetzt worden. Die Instrumentarien für diese Kompetenz muss den Gemeinden zugeteilt werden. Fast 600 Kommunen unterstützen den Antrag mittlerweile und so sollte man nicht mit Angst werben, denn die Rettungsdienste sind ein vorgeschobenes Argument und nicht die Geschwindigkeitsbegrenzung, sondern die Hauptverkehrszeiten, sind das Problem.

**GRin Möller** sagt, alle leiden unter dem Verkehr und es geht darum der Gemeinde eine Entscheidungshoheit zu holen, die man aktuell nicht habe.

**GR Nickles** erklärt, er kenne kein Schild, das unter 30 km/h „Lärmschutz“ steht. Bitte die Kontrollen da durchführen wo die Schwächsten sind. Zum Glück hat der Bund hier noch das Hoheitsrecht.

**GR Vortisch** meint, er finde die Diskussion befremdlich, man spreche hier über Moral und nicht über die Sache. Bitte zur Sache zurückkehren.

**BAL Kauter-Eby** erläutert, dass es erst mal um ein Modell handle, und ganz emotionslos möchte er ein Beispiel aufzeigen: Das Bauvorhaben in Berghausen an der B10 würde von einem 30er Tempo profitieren, jedoch haben wir hier nicht die Hoheit ein solches einzurichten.

Bei der Wöschbacher Str. ist es ebenso, dass der Antrag bei der zuständigen Behörde liegt und wir auf eine Rückmeldung warten.

**GR Rendes** sagt, es sei gut sich dazu auszutauschen, aber wir wollen alles das gleiche: Es geht nur um den Weg und um die Instrumente die es geben kann. Ihm wäre es wichtiger zu



wissen, welche Instrumente hält die Gemeinde bereits in den Händen und nutzt sie nicht, z.B. beim ruhenden Verkehr. So kann man die Durchfahrt weniger attraktiv machen um den Lastenverkehr auf der Autobahn zu halten. Er bittet die Instrumente die wir bereits haben nicht weiter semi-optimal einsetzen und da nachlegen wo man kann.

**GR Gegenheimer** erklärt, es sei Initiative des Bundes, der Bund könnte über die StVO alles regeln, macht es ja doch nicht und nimmt sich das Hoheitsrecht heraus, über die Geschwindigkeiten zu bestimmen. Sind wir da zuständig, dieses Hoheitsrecht zu nehmen? Der Bund wird nicht mitspielen.

**GR Hruschka** möchte wissen, ob auch das Industriegebiet Hammerwerk geschwindigkeitsbeschränkt werden könne?

**BAL Kauter-Eby** meint, das habe er nicht durchgespielt. Die Baumaßnahme in Berghausen war nur ein Beispiel.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen stimmt der Gemeinderat über den Antrag ab.

**Mit 12 Ja-, 5 Neinstimmen und 4 Enthaltungen stimmt der Gemeinderat dem Antrag zu.**

## 6. Mitteilungen der Bürgermeisterin

**BMin Bodner** lädt zur Bürgerinfo am nächsten Donnerstag in Wöschbach ein.

Desweiteren informiert sie über die Erledigung von verschiedenen Punkten aus dem Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt. Insbesondere führt Sie folgendes zu den Anmerkungen im Bericht an:

- A 7 Mensakonto ist umgeschrieben auf Gemeinde Pfinztal
- A 8 Interne Zahlungskklärungen werden künftig monatlich überwacht mit 3 Eskalationsstufen
- A 11 Überzahlungen geklärt. Die letzten Niederschlagungen wurden in der November-sitzung erledigt
- A 26 Bestattungsgebührensatzung ist in Arbeit
- A 37 Kassenkredite braucht die Gemeinde seit 2020 nicht mehr
- A 47 Beteiligungsbericht wird mit dem Jahresabschluss 2020 mitgeliefert.

Der GPA Bericht sei somit erledigt und die Prüfvermerke abgearbeitet.

## 7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

**GR Herb** erkundigt sich nach dem Kelterplatz. Es sei eine schöne Idee das „Grüne Wohnzimmer“, das Bauamt hatte im letzten Haushalt Gelder beantragt und es wurde weniger Geld genehmigt, als beantragt wurde. Der Platz ist nun abgeschlossen, es gibt einen Eiswagen, ca. 2/3 jedoch sind geschottert, das könnte schöner sein. Der Brunnen am Platz sollte zurückkommen. Er möchte wissen, wann dieser wieder aufgebaut werde.

**BAL Kauter-Eby** sagt, der Brunnen kommt in den nächsten Wochen zurück.

**BMin Bodner** erklärt, der Platz sollte nur übergangsweise angelegt werden, deswegen wurde das Geld reduziert. Man hatte 45.000 € beantragt und dann 10.000 € bekommen.



**BAL Kauter-Eby** erläutert, der Schotter sei da, damit der Boden nicht ganz versiegelt ist. Es kommen noch zwei Beete hin und so wird es ein annehmbarer temporärer Platz.

**GR Nickles** meint am Bahnhofplatz Berghausen sei bei jedem Regenereignis die Strecke zwischen der öffentlichen Toilette und dem Radweg eine große Wasserfläche, an der man nicht vorbeikommt und auch nicht mehr langlaufen kann.

**BAL Kauter-Eby** sagt eine Prüfung und Besserung zu.

## 8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Ein Bürger** sagt, Frau Bürgermeisterin hat Wort gehalten was die finanzielle Situation der Kommune aussieht: Er möchte wissen, ob die Klausurtagung zur finanziellen Lage der Kommune bereits terminiert sei.

**BMin Bodner** erklärt, das werden wir im Ältestenrat besprechen und veröffentlichen.

**Ein Bürger** erklärt, die Vermüllung im Pfinztal ist ein großes Problem. Die Gemeinde Linkenheim hat Aktionen mit Vorschulkindern und Schulen gemacht. Wäre es möglich, dass BM Bodner die Fraktionsleitungen mitnimmt und in den Schulen über das Problem redet?

**BMin Bodner** sagt, sie nehme das mit. Sie hatte die Hoffnung, dass der Clean-Up Day, der aus einer privaten Initiative entstanden ist, mal wieder stattfindet. Es ist ein gesellschaftliches Problem, der Bauhof tut was er kann.

**Ein Bürger** führt aus, in der Rittnerstr. und Hebelstr. gebe es Einlaufschächte und diese sind voll mit Fichtennadeln. Früher wurden diese vom Bauhof gereinigt. Er möchte dies wieder anregen.

**BAL Kauter-Eby** erklärt man reinige diese routinemäßig.

**Ein Bürger** regt an, an der Rächlehalle mit der Kehrmachine morgens zu reinigen.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schritfführung

\_\_\_\_\_  
Bürgermeisterin  
Nicola Bodner

\_\_\_\_\_  
Gemeinderat  
Edelbert Rothweiler

\_\_\_\_\_  
Christian Bauer

\_\_\_\_\_  
Gemeinderätin  
Barbara Schaier